



**FACT-
SHEET**

Bildung

DIE FAKTEN:

Ausgaben für Bildung sind Investitionen in unsere Zukunft: Je mehr in Bildung investiert wird, desto größer ist für alle der Nutzen, nicht nur für den Einzelnen, auch für den Staat: Für jeden zusätzlich in die Bildung fließenden Euro bekommt der Staat das Dreifache über höhere Einnahmen zurück. Das derzeitige Schulsystem wirkt in hohem Maße sozial selektiv: Insbesondere Kinder aus ArbeitnehmerInnenfamilien mit niedrigem oder mittlerem Bildungsniveau bzw. mit niedrigem Einkommen sind in weiterführenden Schulformen deutlich unterrepräsentiert. Das System der dualen Ausbildung ist das einzige im heimischen Bildungswesen, in dem es keine Qualitätssicherung gibt.

WAS ANDERE WOLLEN:

Eltern sollen Wahlfreiheit haben, was die Kinderbetreuung betrifft, Ganztagschulen sind „Zwangstagschulen“, heißt es. Die frühe Entscheidung über den Bildungsweg – mit zehn Jahren schon – muss aufrechterhalten bleiben, es gehe dabei um „Wahlfreiheit und Vielfalt“ statt „Einheitsbrei“. Die sinkende Bereitschaft der Betriebe, Lehrlinge auszubilden, soll der Staat wettmachen, Stichwort überbetriebliche Ausbildung. Oder man holt, geht es zum Beispiel nach der Wirtschaftskammer, arbeitslose junge Fachkräfte aus Spanien oder Griechenland nach Österreich. Studiengebühren würden dafür sorgen, dass die Qualität der Universitäten steigen würde.

DIE ÖGB-FORDERUNGEN:

- » Kindergarten als wichtigste Bildungseinrichtung betrachten und nicht als Aufbewahrungsstelle für Kinder.
- » Anspruch auf staatlich finanzierte Bildung – vom Kindergarten bis zum Hochschulabschluss, egal ob auf dem ersten Bildungsweg, oder im Erwachsenenalter nachgeholt.
- » Ganztätiges, flächendeckendes, leistbares, qualitativ hochwertiges Angebot an Kindergartenplätzen.
- » Zweites verpflichtendes Kindergartenjahr.
- » Flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen.
- » Gemeinsame Schule der 6- bis 15-Jährigen.

- » Schulpflicht als Bildungspflicht Ermöglichung des Abschlusses mit individueller Förderung.
- » Verpflichtendes Ausbildungsangebot im Anschluss an die Schulpflicht.
- » Eine Fachkräftemilliarde, die durch den Beitrag der Unternehmen in einer Höhe von einem Prozent der Jahresbruttolohnsumme finanziert wird. Daraus werden Lehrlingsausbildung und Weiterbildung gefördert sowie Qualitätssicherung und überbetriebliche Ausbildung finanziert.
- » Qualitätsförderung und -sicherung für die Lehre.
- » Lehre mit Matura muss für alle Lehrlinge zugänglich sein.
- » Erhöhung der Durchlässigkeit im Bildungssystem, z. B. durch bessere Anerkennung von informell erworbenem Wissen.
- » Das Budget für die Hochschulen muss sicherstellen, dass alle Studierenden ihr Wunschstudium beginnen können.
- » Gänzliche Abschaffung von Studiengebühren auch an Fachhochschulen.
- » Ausbau der Stipendien.
- » Rahmenbedingungen, die Beruf und Studium vereinbar machen, z. B. Abend- und Blocklehrveranstaltungen, bedarfsgerechte Öffnungszeiten.
- » Ausbau der Fachhochschulen mit Schwerpunkt auf berufsbegleitenden Angeboten.
- » Weiterbildung für alle – neue Zielgruppen für berufliche Fortbildung gewinnen.
- » Klare Regelungen für die Erwachsenenbildung; Steuerung durch den Bund.
- » Rechtsanspruch auf eine Woche betriebliche Weiterbildung pro Jahr, unter Fortzahlung des Entgelts.
- » Flächendeckendes Angebot an anbieterübergreifender Bildungsberatung.

WARUM FORDERN WIR DAS?

Bildung ist ein Grundrecht für alle, die Politik muss sicherstellen, dass es auch einlösbar ist. Ob die Eltern arm oder reich, aus Städten oder dem ländlichen Raum, berufstätig oder nicht, AkademikerInnen oder FacharbeiterInnen sind muss egal sein: Alle Kinder brauchen gleiche Chancen. Und auch Eltern dürfen in ihrem beruflichem Fortkommen nicht an Grenzen des Bildungssystems scheitern, etwa weil es keine ganztägigen Angebote gibt (Kindergärten oder Volksschulen).

Alle Forderungen auf: www.bundeskongress.at